

“Nein” zur diskriminierenden Bezahlkarte für Geflüchtete! Solidarischer Umtausch gegen rassistische Ausgrenzung

In Niedersachsen wurde am 16. Dezember 2024 die diskriminierende Bezahlkarte für Geflüchtete durch die Landesregierung eingeführt.

Damit bricht die niedersächsische Landesregierung ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, in dem sie angekündigt hatte, „Rassismus mit aller Kraft“ zu bekämpfen, und zusagte, „dass alle ankommenden Geflüchteten in Niedersachsen gleich behandelt werden und ihnen möglichst schnell ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird.“ Die Bezahlkarte begrenzt die Verfügbarkeit von Bargeld auf 50,- Euro pro Person im Monat. Dadurch wird der Kauf bestimmter Waren und Dienstleistungen unmöglich, was zu einer faktischen Absenkung der ohnehin deutlich unter dem Existenzminimum liegenden Leistungen führt. Auch Auslandsüberweisungen sind mit der Bezahlkarte nicht möglich.

Die Bezahlkarte ist populistische Symbolpolitik

Der Beschluss, eine Bezahlkarte einzuführen, folgt auf eine massive Kampagne gegen Geflüchtete, die den Eindruck vermittelt, die Menschen würden allein deshalb nach Deutschland kommen, um hier von Sozialleistungen zu leben.

Alle vorgetragenen Argumente für die Einführung einer diskriminierenden Bezahlkarte sind nur vorgeschoben: Weder gibt es wissenschaftliche Studien, die belegen, dass die Sozialleistungen für Geflüchtete dazu führen, dass sich Schutz suchende Menschen Deutschland als Zielstaat aussuchen, noch trifft die Behauptung zu, dass Geflüchtete in großem Umfang Geld von ihren Sozialleistungen ins Ausland überweisen. Richtig ist vielmehr, dass die Auslandsüberweisungen deutlich unter denen von anderen Migrant:innen liegen, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kürzlich in einer Studie dargelegt hat. Auch das in Niedersachsen als Hauptargument vorgebrachte Anliegen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, ist alles andere als überzeugend: Wie u.a. die Verwaltung der Stadt Braunschweig zur Auskunft gab, erwartet sie erheblichen Mehraufwand durch die diskriminierende Bezahlkarte.

Wer vor Krieg und Gewalt flieht, wird sich nicht davon abhalten lassen, weil es in Deutschland eine Bezahlkarte gibt. Die Bezahlkarte wird ihren vorgeblichen Zweck nicht erreichen, Geflüchtete jedoch in essenziellen Lebensbereichen diskriminieren.

Die Einführung einer restriktiven Bezahlkarte ist Teil eines großen Angriffs auf die Rechte Schutz suchender Menschen. Der Abbau der sozialen Rechte Geflüchteter geht einher mit dem Ausbau der Festung Europa und Bestrebungen, sich der Verantwortung für den Flüchtlingsschutz und den Verpflichtungen nicht zuletzt in Form der Genfer Flüchtlingskonvention nach und nach zu entledigen. Der extremen Rechten ist es gelungen, einen bestimmenden Diskurs zu entwickeln, der Schutz suchende Menschen nur mehr als Bedrohung betrachtet. Dieses rassistische Narrativ greifen leider auch demokratische Parteien zunehmend auf. Sie treiben damit Entsolidarisierungsprozesse voran und helfen unfreiwillig, den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter nach rechts zu verschieben.

Die Bezahlkarte ist nichts als populistische Symbolpolitik, die Rassismus bedient und die Schutzsuchende weiter ausgrenzt, diskriminiert und kontrolliert.

Umtausch ist praktische Solidarität gegen rassistische Ausgrenzung

Zahlreiche Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen in Niedersachsen sind nicht bereit, dies widerspruchslos hinzunehmen. Deshalb entstehen landesweit Initiativen, die durch den solidarischen Tausch von Bezahlkarten den Zugang Geflüchteter zu Bargeld und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe unterstützen.

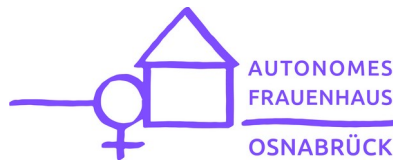
Mit dieser Erklärung unterstützen die unterzeichnenden Organisationen ausdrücklich die Aktivitäten von Initiativen, die die Härten der diskriminierenden Bezahlkarte zum Beispiel durch den Umtausch von Gutscheinen in Bargeld abfedern wollen. Der solidarische Umtausch von Gutscheinen ist eine Möglichkeit, um den Geflüchteten zumindest ein klein wenig mehr Selbstbestimmung im Alltag zu ermöglichen und der faktischen Leistungsabsenkung entgegenzuwirken. Ein solidarischer Umtausch kann helfen, Notlagen zu überwinden, z.B. bis auf dem Rechtsweg Leistungsansprüche geklärt sind. Er ist nicht zuletzt Ausdruck praktischer Solidarität mit Geflüchteten gegen die zunehmenden Angriffe auf ihre Rechte.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern die Landesregierung auf, sich auf ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zu besinnen und „Rassismus mit aller Kraft“ zu bekämpfen. Die diskriminierende Bezahlkarte muss zurück genommen werden!

Die oben stehende Erklärung wurde vom „Bündnis Nein zur Bezahlkarte Niedersachsen“ am 23.01.2025 verabschiedet.

Unterzeichner:innen der Erklärung (Stand 13.02.2025):





Haus der Generationen Stolzenau e.V.



Roma Center e.V.



Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.



Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V.

ONLINE - OFIS

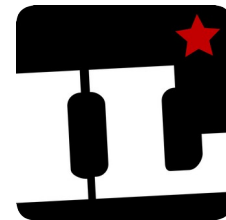


PENA-GER





sagt NEIN zur Bezahlkarte!



Ohne Logo:

- Asylkreis Krummhörn
- "die anticapitalistas" das rote songduo aus der wesermarsch
- frauen- und menschenrechte-aktiv, marita blessing